



Pressemitteilung

Ansbach, 18. April 2012

Hauptbetriebsvertretung der deutschen Zivilangestellten bei der US-Armee:

Weitere Schließungen von US-Militärbasen in Europa geplant – Entscheidung Ende 2012?

„Etz langt's!“ kritisiert Betretungsverbot am Soldatenweiher

Mehrere US-Abgeordnete wollen offenbar die Forderung nach Schließung weiterer Militärbasen in Europa zum Thema im Präsidentschaftswahlkampf machen. Zum Einen wollen sie damit Einsparungen angesichts der desolaten Haushaltslage erreichen, zum Anderen Schließungen von Truppenstandorten in den USA verhindern. Das berichtet aktuell die Hauptbetriebsvertretung (HBV) der deutschen Zivilangestellten bei der US-Armee auf ihrer Internetpräsenz:

<http://www.hauptbetriebsvertretung.de/2012/04/10/schliest-statt-militarbasen-zu-hause-mehr-us-basen-in-europa/>

Demnach könnte bereits Ende 2012 über weitere Auflösungen von Basen auch in Deutschland entschieden werden, nachdem das Pentagon erst im Februar den Abzug aus Bamberg und Schweinfurt verkündet hatte. Damit werden nun gleichlautende Einschätzungen der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ bestätigt, wonach die nächste Schließungsrunde schon ins Haus stünde: „Es wird keine dauerhaften US-Militärstandorte geben. Auch unsere Region muss daher in Planungen für eine zivile Nachnutzung jetzt einsteigen“, erklärte der BI-Vorstand, der zudem vor einem Subventionswettbewerb unter Verschwendung weiterer Steuergelder warnt. Bereits jetzt herrscht weitgehende Steuerfreiheit für das US-Militär, darüber hinaus fließen weitere Subventionen von Bund und Land, etwa bei der Infrastruktur für die Armeebasen oder etwa bei Bürgschaften des Freistaats für den Bau von ghettoartigen Armeesiedlungen in der Oberpfalz. „Wenn man sich an das Klinkenputzen u.a. von Innenminister Herrmann für Weiterbetrieb und Aufrüstung der beiden bayerischen Großstandorte Grafenwöhr/Hohenfels und Ansbach/Illesheim erinnert, lässt das für den Staatssäckel nichts Gutes erwarten“, so die BI.

Überdies kritisierte „Etz langt's!“ das jüngst verhängte Betretungsverbot der Flächen am Soldatenweiher für die Bevölkerung, das im Rahmen eines Ortstermins mit Bundestagsabgeordneten am 03.04.12 erstmals vollzogen wurde: „Viele Anwohner haben das Gebiet über Jahrzehnte hinweg zu Spaziergängen oder Schlittschuhlaufen genutzt. Es liegt keine erkennbare militärische Nutzung zum Zwecke der Landesverteidigung der BRD vor. Vielmehr ist das Betretungsverbot willkürlich und kein Zeichen guter Nachbarschaft“, betonte der BI-Vorstand. Auch die neue „Grenzziehung“ zwischen erweitertem militärischem Sperrgebiet und öffentlicher städtischer Fläche sei unklar, wie die Polizei am Ortstermin mitteilte. Die Stadt Ansbach sollte auf eine Rückübertragung des Soldatenweiher von der Immobilienverwaltung des Bundes (BIMA) an die Kommune hinarbeiten, empfahl die BI.